

Wir dürfen unsere Petition noch lang nicht als gescheiterte Bemühung betrachten mit einer solchen Zusage:

----- Original-Nachricht -----

Betreff:AW: Gesprächsnotiz v. 25.05.2010

Datum:Wed, 26 May 2010 16:19:03 +0200

Von:Meissner.MdL@t-online.de (Christian Meissner)

An:'ZWST' <zwst@gmx.net>

Referenzen:<4BFD1D7C.8080007@gmx.net>

Lieber Herr Butzmann, vielen Dank für die übermittelten Infos, die ich derzeit noch studiere und die Gesprächsnotiz über unser Telefonat.

Alle angesprochenen Aspekte werden wir in die Evaluation des Gesetzes einfließen lassen. Mit freundlichen Grüßen Christian Meißner, MdL

Laurenzistrasse 12

96215 Lichtenfels

Germany

Fon +49 9571 5991

Fax +49 9571 2046

Von: ZWST [mailto:zwst@gmx.net]

Gesendet: Mittwoch, 26. Mai 2010 15:09

An: Christian Meißner

Betreff: Gesprächsnotiz v. 25.05.2010

Sehr geehrter Herr Christian Meißner,
anbei zu Ihrer Info mit der Bitte um Bestätigung Gesprächsnotiz v. 25.05.2010. Haben Sie inzwischen die Ihnen vom 25.05.übermittelten Anhänge gelesen?

Wie sieht denn Ihrer persönliche Beurteilung aus?

Ihrer Stellungnahme sehen wir mit größtem Interesse entgegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen gez. Butzmann

IG-Zwst- Bayern + **Freunde für Ferien in Bayern e. V. Sitz Oberstdorf**

Postfach 1117

89258 Weißenhorn

Tel. 07309 5084

Fax 07309 41275

EM zwst@gmx.net

Gesprächsnotiz telef. Herr MDL Christian Meißner am 25.05.2010

Nach vielen Versuchen ist es gelungen Herrn Meißner persönlich zu erreichen.

Kurze Erläuterung wegen nicht ganz zufriedenstellendem Ablauf und Ergebnis der am 03.03.2010 im Maximilianeum stattgefundenen Beratungen unserer Eingabe als Petition behandelte Fragen.

Unsere Kritik wird begründet mit der relativ viel zu kurz angesetzten Information vor dem Beratungstermin. Am Samstag ging die Mitteilung ein, dass am Mittwoch den 3.3.2010 unsere Petition im Ausschuss für kommunale Fragen zur Debatte stehen würde. Für eine auf die Situation angestrebte Infokontaktaufnahme mit den entsprechenden teilnehmenden Ausschussmitglieder wurde erschwert, denn am Montag waren die meisten Abgeordneten nicht erreichbar, am Dienstag hatten diese keine Zeit.

Erstaunlich war allerdings für uns, dass die Ausschussmitglieder sich der zum 12.11. ausgearbeitete Stellungnahme ihre Zustimmung erteilten. Viele wichtige von uns sowohl schriftlich als auch mündlich vorgebrachten Argumente blieben weitgehend unberücksichtigt, Ferner ist zu kritisieren, dass im gesamten Protokoll viele von beiden Seiten vorgetragene Anregungen und geäußerten Kritikpunkte zwar diskutiert worden, nicht jedoch im Protokoll festgehalten sind. Wir hätten es uns ganz anders vorgestellt.

Unsere vorgebrachten wichtigsten Punkte versuchte ich Herrn Meißner nochmals in Erinnerung zu bringen und ausführlicher zu erläutern.

Unser Hauptkritikpunkte: Mit der Einführung der Zweitwohnungssteuer wäre es doch sinnvoller gewesen den Kommunen und den Verbänden unmissverständlich klarzumachen, dass es nur entweder die Zweitwohnungssteuererhebungsfreigabe oder die Aufrechterhaltung der Schlüsselzuweisungen für Nebenwohnsitze zu vereinbaren und nicht so wie immer noch diese große Ungerechtigkeit in Bayern vorzufinden sei. Es kann doch nicht richtig sein, dass die 142 raffgierigen Tourismuslobbykommunen beides in Anspruch nehmen und die übrigen 1900 eben nicht immer mit üppigen Finanzen ausgestatteten in die Röhre schauen müssten.

Herr Meißner bekannte sich, dass hier und insbesondere mit den großen Städten nicht alles gut gelaufen sei, aus diesem Grunde war er als Initiator ziemlich stark bemüht zumindest für Pendler und Studenten eine Ausnahmeregelung auf den Weg zu bringen, was mit dem Reformgesetz von 2008 sodann auch in die richtige Richtung geschehen sei. Es sei sehr sehr schwierig Mehrheits- Entscheidungen i. Parlament herbeizuführen. Mit Ihm persönlich würde sogar eine Abschaffung wesentlich leichter zu erreichen sein als dem gesamten Parlament und vor Allem mit den Verbänden. Er sei sich mit Frau MDL Angelika Schorer ziemlich einig, dass in manchen Punkten dringend Änderungen vorgenommen werden sollten. Herr Meißner gab auch zu verstehen, dass die für 2010 verankerten Beschlüsse zur

Evaluierung nicht nur auf das Reformgesetz von 2008 zu beschränken, sondern es müsste die gesamte Angelegenheit Zweitwohnungssteuer kpl. Überprüft werden. Für alle übermittelten Informationen bedankte er sich, denn was bei vielen Kommunen so ablaufe, sei nicht ganz im Sinne der Gesetzgebung. Die vorgetragenen Punkte beim Ausschuss für kommunale Fragen im Maximilianeum am 3.3. 2010 eignen sich auch diese bei den Beratungen mit einzubeziehen.

Mit wenigen angeführten Beispielen versuchte ich die nicht immer glaubwürdigen politischen Entscheidungen als verzichtbare Fehler zu erläutern, denn mit der Entscheidung auch in Bayern die Zwst. zu erheben wurde viel Porzellan zerschlagen, insbesondere die CSU- Stammwähler sind von der CDU/CSU total enttäuscht, was sich doch bei allen Wahlen der jüngsten Zeit erkennbar abzeichnet. Leider hat die CDU/CSU der Merkel'schen Strategie viel zu viel überlassen und dabei auf alte und konservative Stammwähler verzichtet.

Herr Meißner wollte dem nicht widersprechen, geht allerdings davon aus, dass auch die relativ kleine Gruppe von Zweitwohnungsbesitzer keine all zu großen Beeinflussungen eines Wahlergebnisses erlangen könnten, trotzdem sei diese Gruppe nicht zu vernachlässigen.

Schließlich erwähnte ich noch gerade hauptsächlich CSU- Mandatsträger wie Dr. Joachim Herrmann Horst Seehofer, Günther Beckstein, Edmund Stoiber und so mancher CSU-Bürgermeister mit unnötigen Bemerkungen sich für die Einführung der Zwst., mit Äußerungen die weit entfernt von der glaubwürdigen Tatsache, ausgesprochen haben. Leider nahm die Suche nach der eigentlichen Wahrheit immerhin Jahre in Anspruch um an die halbwegs verbindlichen amtlichen Zahlen der inzwischen angeprangerten Schlüsselzuweisungen f.NWS zu kommen. Ohne den persönlichen Einsatz von MDL u. Grünen-Fraktionsführer Herrn Sepp Daxenberger blieben uns immer noch viele offene Fragen, denn wiederholte Anfragen bei Finanzministern wie Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, danach Herrn Erwin Huber und schließlich Herr Fahrenschoen blieben trotz mehrmaliger Wiederholungsversuche erfolglos. Auch das Verhalten von Herrn Bürgermeister Rölz von der Gemeinde Fischen ist auf das Schärfste zu missbilligen, denn nicht nur die Oberbayern bestanden bei den Beratungen zur Reform für Geringverdiener auf den Begriff Summe der positiven Einkünfte, dank uns vorliegender Beratungsunterlagen konnte Herrn Rölz seine unwahre Behauptung zurückgewiesen werden. Aus diesem Grunde fügen wir dieser Gesprächsnotiz einen Hinweis aus den amtlichen Gemeindemitteilungen bei, aus welchen eindeutig hervorgeht wie Kommunen mit unglaublich falschen Argumenten die Begründung für eine Erhebung der Zweitwohnungssteuer die Einheimischen Bürger unterrichten. Für ein friedliches Mit- und Nebeneinander haben solche Vorgehensweisen bestimmt keine positiven Reaktionen auf die „Fremden“ ausgelöst.

Diese Aufzeichnung erfolgte am 25.5.2010 und wurde mit der Bitte um Bestätigung an Herrn MDL Christian Meißner per Mail übermittelt.

J. Gutmann